Blätter für Heimatkunde 52 (1978)

Der Konflikt zwischen Rektor Benndorf und Minister Schuschnigg im Sommer 1933

Von Dieter A. Binder

Seit der Selbstausschaltung des Parlaments am 4. März 1933 formierte sich in zunehmendem Maße die „nationale Opposition" in Österreich unter der Führung der Nationalsozialisten, die durch den bayerischen Justizminister Frank bereits am 18. März über den Münchner Rundfunksender die österreichische Regierung wissen ließ, daß man „die Sicherung der Freiheit der deutschen Volksgenossen in Österreich"[1] übernehmen werde. Damit setzte der deutsch-österreichische Konflikt

[1] Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung in der Gegenwart. Eine Urkunden- und Dokumentensammlung zur Zeitgeschichte. Hgg. v. Herbert Michaelis u. Ernst Schraepler. Bd. 10: Das Dritte Reich, Nr. 2395, Fn. 3. Berlin o. J. Beiträge zur Vorgeschichte und Geschichte der Julirevolte. Hgg. auf Grund amtlicher Quellen v. Bundeskommissariat für Heimatdienst. Wien 1934.

ein, der nach anfänglichen Verständigungsversuchen[2] unausbleiblich geworden war, nachdem die Vorfälle im österreichischen Parlament und deren Folgen eine legale Machtergreifung der NSDAP über Wahlen nach deutschem Vorbild unmöglich gemacht hatten. Franks Rede stellte den ersten Höhepunkt in dieser Auseinandersetzung dar, die durch Hitlers Doppelrolle als deutscher Reichskanzler und österreichischer Oppositionsführer gekennzeichnet wurde und deren Auswirkungen zum Uniformverbot und zur Auflösung der NSDAP in Österreich führten, während das Deutsche Reich mit der Verhängung der Tausend-Mark-Sperre und massiven Propagandafeldzügen antwortete.[3] Innerhalb Österreichs standen schwerste Krawalle auf der Tagesordnung,[4] die nicht selten auf Hochschulboden übergriffen oder von dort ihren Ausgang nahmen, was in Graz zur zeitweiligen Schließung der Universität im Frühjahr 1933 führte.[5]

Am 12. Mai 1933 kündigte die Tagespost[6] einen Vortrag über „Österreich in der deutschen Kultur"[7] an, den Theo Habicht, Mitglied des Reichstages, am Abend des selben Tages in der Aula der Karl-Franzens-Universität halten werde, was umso bemerkenswerter war, als sich gerade der von der österreichischen Regierung so unerwünschte Besuch des eingangs erwähnten bayerischen Justizministers Frank abzeichnete.[8] Zwei Tage bevor dieser in Graz als „Stellvertreter des Führers" Dollfuß als „Millimetternich" apostrophierte und die Bevölkerung zum Kampf gegen die Regierung zu mobilisieren suchte, sprach Habicht, nachdem Rektor Hans Benndorf mit der Auflage, „daß der Vortragende keine aktuellen politischen Vorgänge"[9] erörtere, die Aula freigegeben hatte.

Habicht hielt sich nur bedingt an diese Übereinkunft; zwar vermied er konkrete Beispiele bei der Behandlung des deutsch-österreichischen Konflikts, attackierte aber sehr deutlich, als er die Schuldigen suchte. Das eine Lager, die breite Masse des Volkes, bekenne sich zum Anschluß *als die Erfüllung einer tausendjährigen Sehnsucht*, während das andere Lager als *Österreichische Front*,[10] hinter der sich Legitimisten, egoistische Wirtschaftsführer, die um den eigenen Profit zitterten, und Parteibesitzer ohne Volk, die den sicheren Verlust der Machtstellung vor Augen hatten, versteckten,[11] einen selbständigen Staat Österreich halten wolle: *So wie im alten Reich das Deutschtum in Österreich geopfert wurde zur Erhaltung der Herrschaft einer sterbenden Dynastie, so soll es heute wieder geopfert werden zur Erhaltung der Herrschaft einer sterbenden Partei.*[12]

Abschließend hielt Theo Habicht fest, daß *keine Macht... so dunkel, kein Sturz... so tief, keine Knechtschaft... so unzerbrechlich wäre, daß nicht ein eiserner Wille sie zu überwinden vermöchte... So gehen wir in den Kampf und werden ihn bestehen und werden siegen.*[13]

Ohne ein Regierungsmitglied namentlich angegriffen zu haben, hatte er zum Sturz der Regierung aufgerufen. Dennoch überstieg Habicht in keiner Weise die obligate Szenerie nationalsozialistischer Propagandareden gegen die Regierung Dollfuß — verglichen mit anderen Pamphleten dieser Zeit erscheint sie tatsächlich milde und gemäßigt.[14]

Außer wenigen Reaktionen in der Presse der folgenden Tage,[15] die allesamt im Wirbel um den „Besuch" Franks untergingen, ereignete sich zunächst nichts. Die Rede Habichts in Graz wurde erst aufgewertet, als dieser zusammen mit dem Nationalsozialisten Heinz Cohrs der deutschen Gesandtschaft in Wien als Presseattaché zugeteilt wurde, was eine glatte Provokation der österreichischen Behörden darstellte, die auch prompt reagierten, indem sie die Ausweisung verfügten.[16] Mit der gleichzeitig einsetzenden Verhaftungswelle unter österreichischen Nationalsozialisten übersiedelte die Landesleitung der NSDAP Österreich nach München, von wo aus Habicht die illegale Partei leitete und seine Rundfunkangriffe gegen Österreich vortrug.[17]

Am 29. Mai verbot die Bundesregierung den Universitäten die Vergabe von Räumen zur Abhaltung von Veranstaltungen, bei denen hochschulfremde Personen reden sollten. Aber erst gegen Ende Juni wurde die Habicht-Rede von Anfang Mai virulent. Dollfuß hatte in Linz als Beispiel für die Unbotmäßigkeit der Hochschulen die Rede Habichts in Graz *trotz* des Redeverbots[18] zitiert. Mit der Richtigstellung des Sachverhaltes richtete Rektor Hans Benndorf an Dollfuß die Bitte, indem er an seine Loyalität appellierte, die Korrektur dieser Äußerung in der Öffentlichkeit zu veranlassen.[19] Statt des Bundeskanzlers antwortete am 19. Juli 1933 der mit den Agenden des Unterrichtsministeriums beauftragte Justizminister Kurt von Schuschnigg.[20] Schärfstens kritisierte er Benndorfs Vorgehen in formaler Hinsicht, da sich dieser in seiner „Eigenschaft als Bundesangestellter, und diese Stellung ist entscheidend", nicht über den Dienstweg, sondern direkt an den Bundeskanzler

---

[2] Dieter A. Binder, Dollfuß und Hitler. Die Frage nach einer selbständigen Außenpolitik des autoritären Ständestaates in den Jahren 1933 und 1934 an Hand des deutsch-österreichischen Konflikts. Mschr. Diss. Graz 1976, S. 114. Hitler erklärte sich zur Zusammenarbeit nur unter der Bedingung, daß Dollfuß sofort zurücktrete, bereit.

[3] Ebda., S. 123—125.

[4] V. Das Braunbuch. Hakenkreuz gegen Österreich. Hgg. v. Bundeskanzleramte, Büro des Bundesminister für Sicherheitswesen. Wien 1933, S. 7. Allein in Wien werden für die zweite Märzhälfte zwei schwere Tumulte festgehalten.

[5] Aber nicht nur in Graz mußte diese Maßnahme ergriffen werden, sondern auch in Wien kam es mehrmals zur ganzen oder teilweisen Schließung (z. B. der Anatomie) der Universität.

[6] Tagespost 12. Mai 1933, S. 6, s. v. Vorträge.

[7] Die Rede erschien als nationalsozialistische Propagandaschrift unter dem Titel „Kampf um Österreich" in der Schriftenreihe des Landeswerbeamtes der NSDAP Österreich als Heft 2 der „Rakete", Wien 1933. Im Aktenmaterial des Universitätsarchivs Graz (UAG), Faszikel Raumüberlassung I, Nr. 6, Fall Theo Habicht 1933, finden sich verschiedene Titel. „Die Geschichte der Deutschen seit 2000 Jahren" (Stück 1); „Zweitausend Jahre deutsche Geschichte" (2).

[8] Binder, S. 123; weiters Gesandtschaftsberichte Berlin v. 15. und 19. Mai 1933, HHStA, NPA 12.

[9] Brief Benndorfs an Dollfuß v. 1. Juli 1933, UAG 1.

[10] Kampf um Österreich, S. 6. Einem Brief, der dem Akt Habicht im UAG beiliegt, können wir entnehmen, daß ein Teilnehmer „nach sorgfältigem Durchlesen der Broschüre" nicht glaubt, „daß ihr Inhalt von dem Wortlaut des Vortrages wesentlich abweicht." Privatbrief v. 31. Juli 1933, UAG 11.

[11] Kampf um Österreich, S. 9f.

[12] Ebda., S. 12.

[13] Ebda., S. 16.

[14] Vgl. Ralf Richard Koerner, So haben sie es damals gemacht... Wien 1953.

[15] Nicht ohne Schadenfreude vermerkt der Arbeiterwille in seiner 2. Auflage am 16. Mai 1933, S. 1, unter der Überschrift „Der Reichsdeutsche Nazionkel durfte im Festsaal der Grazer Universität sprechen" bezugnehmend auf das Neuigkeitsweltblatt Proteste christlichsozialer Akademiker und Studenten bei Unterrichtsminister Rintelen gegen diese Veranstaltung, die umso provokanter auf sie wirkte, als Seipel vor vier Jahren nicht auf Hochschulboden hatte sprechen dürfen. Vgl. Bruce F. Pauley, Hahnenschwanz und Hakenkreuz. Der Steirische Heimatschutz und der österreichische Nationalsozialismus 1918—1932. Wien, München, Zürich 1972, S. 170.

[16] Binder, S. 127f.

[17] Ebda., S. 133. Zur Person Habichts hält Anton Rintelen in seinen Erinnerungen an Österreichs Weg, München 1941, S. 218f., fest, daß man Habicht österreichischerseits als sturen Nationalsozialisten zu diffamieren suchte. Zweifellos wurde Habicht durch seine Tätigkeit, die sich bis zum Juliputsch 1934 erstreckte, zur Personifizierung des nationalsozialistischen Terrors.

[18] Brief Benndorfs an Dollfuß v. 1. Juli, a.a.O.; weiters Brief Schuschniggs an Benndorf v. 19. Juli 1933, UAG 3.

[19] Brief Benndorfs an Dollfuß v. 1. Juli 1933, wie Anm. 18.

[20] Brief Schuschniggs an Benndorf v. 19. Juli 1933, wie Anm. 18.

gewendet hatte. Zwar gab Schuschnigg Benndorfs Einwand recht, daß seit dem Erlaß des Redeverbots keine hochschulfremde Person auf der Grazer Universität gesprochen habe, erteilte aber den Verweis, „daß gerade dieser Vortrag einer der Hauptgründe für die Erlassung des Redeverbots war und daß es in Kreisen der Regierung... schärfstens mißbilligt wurde, daß dieser Vortrag seitens des Grazer Rektorats zugelassen worden war".

Benndorfs Antwort erfolgte massiv und schnell. Für ihn, der in seiner Inaugurationsrede[21] sich so entschieden für die freie Universität als „Pflegestätte der Wissenschaft"[22] eingesetzt hatte, der aber auch heftigste Kritik am Staat und seiner Engherzigkeit bei der Dotierung der Forschung geübt hatte, da die Universität mehr sein müsse als nur Schule, war die Vorgangsweise des Unterrichtsministers mehr als eine amtliche Rüge. Die Gründung der Berliner Universität 1807, die Thun-Exnersche Hochschulreform Mitte des 19. Jahrhunderts hatten einem Ziel gedient: „Der Staat muß an geistigen Kräften ersetzen, was ihm an physischen verloren ging."[23] Dies aber könne nur durch eine freie und unabhängige Universität geschehen. Und nun wollte man die Autonomie der Hochschule mit kleinlichen Beamtengesetzen regulieren. Daß dies nicht nur der subjektive Eindruck Benndorfs war, zeigten Vorgänge im Ministerrat vom 12. Mai 1933. Unter dem Tagesordnungspunkt „Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung an den Hochschulen" hielt Dollfuß, sichtlich von der Autonomie dieser Institution beeinflußt, fest, daß dies primär Aufgabe der akademischen Behörden wäre, während Emil Fey in der Autonomie „eine gewohnheitsrechtliche Gepflogenheit" ohne legistische Grundlage erblickte.[24] Schuschnigg berief sich auf die seit den zwanziger Jahren betriebene Rechtsangleichung an das Deutsche Reich[25] und forderte die Beseitigung der Hochschulautonomie als „österreichische Spezialität". Eine Woche später wurde erst auf Intervention von Unterrichtsminister Anton Rintelen, der kurz darauf aus der Regierung ausschied, dem neuen Diensteid für die Bundeslehrpersonen die Formel von der Freiheit der Wissenschaft und der Lehre angefügt, die jedoch im Konnex gesehen wenig bedeutete.[26]

Der von Benndorf alarmierte akademische Senat schlug in einer außerordentlichen Sitzung am 22. Juli sofort zurück.[27] Zum formalen Vorgang stellte der Senat, wahrscheinlich gestützt auf ein Gutachten der juridischen Fakultät,[28] fest, daß keine Vorschrift einem Rektor verbiete, sich direkt an den Bundeskanzler zu wenden. Ein von Benndorf, der gerade zum zweiten Mal zum Rektor gewählt worden war, angebotener Rücktritt wurde mit einer Loyalitätsadresse an ihn zurückgewiesen. Benndorf schrieb am 25. Juli unter Beilegung des Senatsprotokolls an den Minister „als subalterner Beamter", der wohl wüßte, daß er „die Mißbilligung" seines

[21] Hans Benndorf, Die Aufgaben der Universität und ihre Bedeutung für Volk und Staat. Rede, gehalten bei der Inauguration als Rector magnificus der Karl-Franzens-Universität in Graz am 14. November 1932. Graz 1932.

[22] Ebda., S. 10.

[23] Ebda., S. 9f.

[24] Ministerratsprotokoll Nr. 874 v. 12. Mai 1933, Top. 6, Allgem. Verwaltungsarchiv (= AVA).

[25] Schuschnigg war noch kurz nach der Machtergreifung Hitlers im Deutschen Reich, um die Probleme der Rechtsangleichung zu diskutieren, was von Frank benutzt wurde, der seine Propagandafahrt im Mai 1933 als Gegenbesuch gewertet wissen wollte. Dies ist im Hinblick auf die Entwicklung der deutsch-österreichischen Rechtsangleichung seit der Machtergreifung Hitlers bemerkenswert.

[26] Ministerratsprotokoll Nr. 875 v. 19. Mai 1933, Top. 5, AVA Wien.

[27] Protokoll der 5. außerordentlichen Sitzung des akademischen Senates im Studienjahr 1932/33 vom 22. Juli 1933, UAG 4.

[28] Leider konnte dieses Gutachten weder in Graz noch in Wien aufgefunden werden.

„Verhaltens" durch den „Chef der... vorgesetzten Behörde ruhig hinzunehmen" habe.[29] Nur der beiliegende Senatsbeschluß könne ihn aber bewegen, sein „Rücktrittsgesuch als Rektor zu unterlassen", umso mehr, als er seine Vorgangsweise im formalen Bereich im Einklang mit dem Organisationsgesetz vom 27. April 1873[30] wüßte, nach dem „freigewählte(n) akademische(n) Funktionäre(n)... Befugnisse zustehen, die der einzelne Professor als Bundesangestellter nicht hat." Nach dieser Darlegung, in der er geschickt gegen die augenblicklichen Zustände in Österreich mit dem Hinweis auf die freie Wahl akademischer Würdenträger polemisierte, ging er offen zum Angriff über und deklarierte die politischen Reden der Herren Minister in offenen parteipolitischen Veranstaltungen als private Meinungsäußerungen, die keineswegs Regierungshandlungen darstellten. Abschließend hielt er fest: „So sehr Strenge am Platze ist, ... so lassen sich geistige Strömungen nicht mit Gewalt bekämpfen..."

Schuschnigg erkannte nun, daß er in Graz zu weit gegangen war;[31] zwar interpretierte er den Senatsbeschluß als mögliche Kampfansage, zeigte aber gleichzeitig den Friedenswillen der Regierung an, um die „Situation zu entspannen".[32] Seine Erregung über die Rede Habichts faßte er nochmals zusammen: „Es ist einfach ausgeschlossen, daß von der Hochschule aus Innenpolitik, und zwar in revolutionärer Tendenz, getrieben werde und von dort her die Argumente gegen Österreich geliefert werden, ... Daß dem aber so ist, beweist Tag für Tag der Münchner Sender!"

Damit betrachtete Schuschnigg die Affäre für beendet und er bot gleichzeitig Benndorf zur Beseitigung etwaiger Mißverständnisse eine Unterredung für den Herbst an.

Benndorf konnte zufrieden sein. Versöhnlich schob er den Senatsbeschluß als Kampfansage zur Seite, und indem er Schuschnigg ein Exemplar seiner Inaugurationsrede schickte, skizzierte er kurz seine Amtsauffassung; die Ziele seiner Tätigkeit als Rektor seien ausschließlich darauf gerichtet, „nach Kräften mitzuwirken, daß unsere Universität als eine Stätte freier und erfolgreicher Forschung und Lehrtätigkeit lebensfähig erhalten bleibt, um im Wettkampfe mit anderen Hochschulen an den kulturellen Aufgaben und Verpflichtungen unseres Staates mitwirken zu können."[33] In einem Schreiben an Ludwig Adamovich faßte Benndorf den Konflikt auf eine sehr persönliche Weise zusammen: „So wenig angenehm die ganze Sache für mich persönlich war, so bin ich mit dem Ausgang doch durchaus zufrieden, da ich glaube, daß das Ministerium es in Hinkunft doch unterlassen wird, den Rektor einer Universität wie einen subalternen Beamten zu behandeln."[34] Letztlich aber war diese Auseinandersetzung mehr als eine persönliche Kontroverse zwischen Rektor und Minister. In diesem Fall fand der Versuch — wenn auch mit untauglichen Mitteln — statt, die Autonomie der Hochschule kleinweise einzuschränken und die Freiheit des akademischen Bodens zu disziplinieren.

[29] Brief Benndorfs an Schuschnigg v. 25. Juli 1933, UAG 6.

[30] Gesetz, betreffend die Organisation der akademischen Behörden, RGBl. Nr. 63/1873, in der Fassung der Novelle BGBl. Nr. 546/1922.

[31] Zu dieser Erkenntnis dürften auch Interventionen seines Vorgängers, Landeshauptmann Anton Rintelen, beigetragen haben, zu dem Benndorf über den Prorektor der Universität Graz, Max Rintelen, direkt Kontakt nehmen konnte. Vgl. Benndorfs Brief an Max Rintelen v. 4. August 1933, UAG 9; weiters Brief Benndorfs an Ludwig Adamovich v. 4. August 1933, UAG 10.

[32] Brief Schuschniggs an Benndorf v. 31. Juli 1933, UAG 7.

[33] Brief Benndorfs an Schuschnigg v. 4. August 1933, UAG 8.

[34] Brief Benndorfs an Ludwig Adamovich, wie Anm. 31.

Der Physiker Dr. Hans Benndorf wurde zum großen Bedauern aller mit sechsundsechzig Jahren 1936 emeritiert. Nachdem er 1938 auch seiner Rechte als Emeritus beraubt worden war, kehrte er für das Studienjahr 1945/46 als Honorarprofessor an seine alte Wirkungsstätte zurück.